

REVIEW

..:Ein Monatsrückblick des ART Dresden:..

Februar 2009

Stand: 16. März 2009

venceremos.antifa.net/art || art_dd@riseup.net

Sie laufen und laufen und laufen ...

Wie schon im Jahr 2008, fanden auch 2009 zwei Neonazi-Aufmärsche anlässlich des 13. Februar statt. Das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgV) aus dem Spektrum der parteiungebundenen und NPD-kritischen „Freien Kräfte“ befand nur einen Aufzug unmittelbar am „Dresdner Schicksalstag“ selbst, am Abend des 13. Februars, für angemessen. Um hier unter dem Motto „Nicht den Tätern gedenken, sondern den Opfern“ einen „Trauermarsch“ durchzuführen. Am folgenden Samstag trafen sich dann Neonazis, diesmal eher aus dem Spektrum der NPD, zum „Großaufmarsch“ der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO).

Wie im Vorfeld erwartet, nahmen an beiden Aufmärschen auch VertreterInnen neonazistischer Gruppen aus dem Ausland teil. Zumeist beschränkten sich die Delegationen jedoch auf Kleingruppen. Größere Delegationen waren ledig-

lich aus Tschechien, der Slowakei und Österreich angereist. Während sich erstere zumeist aus AnhängerInnen der „Autonomen Nationalisten“ zusammensetzten, entstammten die ÖsterreicherInnen vorrangig der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) und ihrer völkischen Jugendorganisation „Bund freier Jugend“ (BFJ). Aus Spanien war etwa ein Dutzend AnhängerInnen der „Alianza Nacional“ angereist. Deren „Jugendbeauftragter“ Enrique Valls war zudem Redner auf beiden Veranstaltungen. Weitere Neonazis kamen aus Schweden, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und Dänemark. Dennoch gelang es den Neonazis nicht, auch äußerlich die forcierte Wahrnehmung als „europäische Märsche“ deutlich zu machen.

Die weitgehende Übereinstimmung bei der Teilnahme ausländischer Neonazis täuschte jedoch nicht darüber hinweg, dass hinter der Idee zwei Demonstrationen durchzuführen, handfeste Konflikte innerhalb der Szene stehen. Aus der Kritik



JLO am 14. Februar (links) und AgV am 13. Februar (rechts) Quelle: Recherche Ost (5)

heraus, der Großaufmarsch sei von der NPD in den letzten Jahren dominiert und teilweise vereinbart worden und es würde mit der Terminwahl an einem Samstag mehr Wert auf die Masse der „Trauernden“ als die Klasse des „Gedenkens“ gelegt, fand sich das „Aktionsbündnis“ zusammen. Nur am Abend des 13. Februar könne man demnach authentisch an die „deutschen Opfer“ der Bombardierung erinnern. Zusätzlich angeheizt wurde der Streit dadurch, dass die JLO die Anmeldung für den Aufmarsch am 13.2. kurzfristig zurückzog und somit die Demonstration beinahe ausgefallen wäre. Der Dresdner Neonazi Maik Müller sprang ein und übernahm die Versammlungsleitung. Müller ist einer der Hauptprotagonisten des AgV in diesem Jahr gewesen. Am „Gedenkmarsch“ nahmen dann etwa 1.100 Neonazis teil, die zum Großteil aus Sachsen stammten, aber auch aus anderen Bundesländern kamen. Die „Jungen Nationaldemokraten Sächsische Schweiz“ waren ebenso mit einem eigenen Block vertreten wie auch die „Nationalen Sozialisten Ostsachsen“ -ein loser Zusammenschluss der regionalen Szene. Angeführt von in Skelett-Kostümen gekleideten Neonazis, die Kreuze trugen, marschierten die Neonazis mit Fackeln durch die Stadt. Der Marsch war gleichzeitig Höhepunkt einer „Aktionswoche“, die das AgV vor dem 13.2., wie schon in den Vorjahren, durchführte. Andere „Aktionen“ waren der Abwurf von Papierschnipseln in der Innenstadt, das Schwimmen-lassen von Teelichtern auf der Elbe, genauso wie das Stören einer Veranstaltung der Linkspartei und eine Saalveranstaltung mit lokalen NPD-Funktionären.

Der Großaufmarsch am 14. Februar wurde wie in den Vorjahren zwar von der JLO angemeldet, aber unter maßgeblicher Beteiligung der NPD organisiert und durchgeführt. Angeführt vom Fronttransparent der JLO und schwarz-weißen JLO-Fahnen mit einer stilisierten Deutschlandkarte inklusive der „Ostgebiete“ zogen etwa 6.500-7.000 Neonazis durch Dresden. Unter den Fahnenträgern der ersten Reihe und in den Reihen der ersten Blöcke befanden sich eine Vielzahl von Aktivisten der neonazistisch-völkischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ). Das Transparent der sächsischen NPD-Landtagsfraktion mit dem Motto „Ehre, wem Ehre gebührt“ wurde gemeinsam



v.l.n.r.: Despang, Voigt, Molau, Faust, Apfel, Marx



getragen von dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, dem neuen DVU-Bundesvorsitzenden Matthias Faust, dem Fraktionschef der NPD im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, Andreas Molau und Rene Despang. Dahinter folgte der Großteil der NPD-Partei-Prominenz. Insbesondere der gemeinsame Auftritt von Voigt und Molau sollte hier Einheit demonstrieren. War zum Zeitpunkt des Aufmarschs Molau doch noch Anwärter auf den Bundesvorsitz in der Partei. Erst später teilte er mit, dass er nicht mehr das höchste NPD-Parteiamt anstrebt, mittlerweile ist er zur DVU gewechselt. Darauf folgten Neonazi-Gruppierungen, Kameradschaften und NPD-Partei-Gliederungen. Der Block der Österreicher wurde angeführt vom wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten Gottfried Küssel, im Block der Slowakischen Neonazis marschierte Jens Pühse mit. Auf ihren Transparenten machten die Neonazis keinen Hehl um ihre Gesinnung. Diverse Transparente zeigten antisemitische und die Shoa verharmlosende Parolen. Gleich mehrfach war die Rede vom „alliierten Bombenholocaust“. Auf einem Transparent „Freier Nationalisten Rhein/Rahe“ stand in Anlehnung an die nationalsozialistische Parole „Die Juden sind unser Unglück“ „Die USA sind unser Unglück“. Direkt gegen Israel richteten sich ebenfalls Parolen. „Gestern Dresden - heute Gaza, Völkermörder zur Rechenschaft ziehen!“ und „Kriegstreiber Bush Blair sowie die Mordbrenner am palästinensischen Volk vor das Kriegsverbrecher-Tribunal“ sprechen eine deutliche Sprache. Auf der Abschlusskundgebung sprach neben Holger Apfel und Matthias Faust, auch der in der Szene beliebte „Zeitzeuge aus der Erlebnisgeneration“ und ehemalige Angehörige der Nazi-Luftwaffe Hajo Herrmann. Für die spanische „Alianza Nacional“ sprach Enrique Valls, für „Slovenská Pospolitost“ der Slowake Michael Laššák.

Erneut ist es der NPD und JLO in Dresden gelungen, den Großaufmarsch zum zentralen Ereignis der bundesdeutschen Szene und darüber hinaus zu machen. Trotz der großen TeilnehmerInnenzahl von annähernd 7.000 Neonazis blieb dabei aber nicht verborgen, dass einige fehlten. So hatte Christian Worch öffentlich seine Nicht-Teilnahme damit begründet, dass er keine NPD-Vertreter

am Vorabend, beim „Gedenkmarsch“ der „Freien Kräfte“ gesehen habe. Auch Neonazis aus München um Norman Bordin und in Franken um Matthias Fischer fehlten. Die hatten es vorgezogen zum zeitgleich stattfindenden „Tag der Ehre“ nach Budapest zu fahren. Hier versammeln sich jährlich im Februar militante Neonazis vorrangig aus Osteuropa und zunehmend auch aus Westeuropa, um der Opfer des Ausbruchs aus dem von der Roten Armee eingekesselten Stadtteil auf dem Burgberg in Buda zu „gedenken“. Im Februar 1945 waren dabei mehr als 39.000 deutsche und ungarische Soldaten ums Leben gekommen. Ihre Nicht-Teilnahme in Dresden wollten die bayrischen Neonazis dabei auch als Kritik an der JLO-NPD-Großveranstaltung verstanden wissen.



Und jährlich grüßt das Murmeltier Dresden am 13./14. Februar

Am 13. und 14. Februar liefen mehrere tausend Nazis ungehindert und kaum gestört durch Dresden. Die zahlreichen antifaschistischen und bürgerlichen Proteste blieben dahingehend wirkungslos, das selbst gesteckte Ziel einer Blockade des Aufmarsches am 14. wurde weit verfehlt. Deutlich sichtbar wurden die Grenzen antifaschistischer Interventionsfähigkeit in Dresden. Das Scheitern lediglich auf falsche Taktik oder mangelnde Entschlossenheit zurückzuführen, wird der Situation in Dresden nicht gerecht - Dresden kann eben nicht Köln. Die Gründe dafür gilt es zu analysieren und zum Ausgangspunkt einer Debatte zu machen, in der auch Gewissheiten über die Möglichkeiten einer Antifa hinterfragt werden müssen. Dieser Beitrag soll einen Einstieg in die Diskussion bieten.

What happened?

Dem Aufruf des „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgdV) zum traditionellen Fackelmarsch am Abend des 13. Februar folgten 1100 Nazis. Angemeldet wurde der Trauermarsch, an dem sich überwiegend die regionale Nazisszene beteiligte, erneut vom Dresdner Maik Müller. Dass der Aufzug mit Trommeln, Fackeln, Gerippekostümen, Kreuzen, schwarzen Fahnen und Wagner-Musik unbehelligt als „würdevolle Ehrbezeugung“ (AgdV) stattfand, lag maßgeblich am Handeln der Behörden. Eine „würdevolle Ehrbezeugung“ versuchte die Stadt Dresden bereits in den vergangenen Jahren mittels ihrer sogenannten Allgemeinverfügung durchzusetzen. „Der 13. Februar ist als Tag des besonders intensiven und schmerzlichen Gedenkens an die Zerstörung Dresdens am 13./14. Februar 1945 und die dabei zu Tode gekommenen Menschen von herausragender Bedeutung für die Bevölkerung der Stadt. Er erweckt große Aufmerksamkeit weit über die Grenzen Dresdens hinaus. Alljährlich steht die Stadt anlässlich dieses Tages im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. [...] In den vergangenen Jahren gab es anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten zum 13. Februar gewaltsame Ausschreitungen extremistischer Gruppierungen. Im Jahr 2001 konnten sie durch einen überaus hohen Polizeieinsatz zur Durchsetzung einer analogen Allgemeinverfügung unterbunden bzw. im direkten Umfeld der Gedenkfeierlichkeiten an der Frauenkirche verhindert werden.“ (1)

Die Route der Demonstration war - wie in Dresden üblich - ein Staatsgeheimnis, selbst der genaue Treffpunkt wurde bis zum Beginn der Veranstaltung nicht preis gegeben. Die Geheimniskrämerei ist kein Zufall sondern bewußte Taktik mit Tradition. Der Ordnungsbürgermeister Detlef Sittel möchte damit das Risiko antifaschistischer Blockaden reduzieren. „Im Sinne der Vermeidung derartiger Konfliktsituationen und in Anbetracht des anstehenden Kooperationsverfahrens ist eine

Offenlegung der Anmeldesituation in räumlicher und zeitlicher Hinsicht aus versammlungsbehördlicher Sicht als nicht förderlich zu bewerten.“ (2) Am 13. selbst riegelten 2500 Cops das Aufmarschgebiet weiträumig ab. Die Antifa-Kundgebung unter dem Motto „Keine Versöhnung mit Deutschland“ wurde kurz nach Beginn in einen Polizeikessel verwandelt, der für die bis zu 1000 Teilnehmenden nur mit Personalienfeststellung und anschließendem Platzverweis zu verlassen war. Die Versammlungsfreiheit wurde mit einer Wand aus Einsatzfahrzeugen ad absurdum geführt. Erst nach Beendigung der Nazidemonstration wurde der Kessel aufgelöst. Diejenigen, die gegen den Naziaufmarsch protestieren wollten,



Die Vorhut der Nazis: Sächsisches SEK

wurden für die Dauer des Aufmarsches defacto in Gewahrsam genommen und damit jeglicher sinnvoller Protest unterbunden. Der Abend des 13. Februar gab damit bereits den Vorgeschmack auf die Polizeitaktik am darauf folgenden Tag.

Zum JLO-Trauermarsch am Samstag, den 14.02., kamen etwa 7000 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet und Delegationen aus Tschechien und der Slowakei, sowie kleinere Abordnungen aus weiteren europäischen Ländern. Anmelder waren Kai Pfürstinger von der JLO, sowie Frank Ahrens, der Fraktionsgeschäftsführer der NPD im Sächsischen Landtag. Erneut bekamen die Nazis eine weiträumig abgesperrte und selbstverständlich im Voraus geheimgehaltene Route, die durch die Polizei peinlichst genau von möglicherweise Störenden freigehalten wurde. Am JLO-Aufmarsch selbst, war die Polizeibegleitung gering, lediglich Spitze und Ende des 2km langen Aufzugs wurde durch größere Polizeieinheiten begleitet, dazwischen herrschte gähnende Leere – die Nazis waren im wesentlichen sich selbst überlassen. Bei den Gegenveranstaltungen bot sich ein gänzlich anderes Bild. Die „No Pasarán“-Demonstration wurde massiv von Polizeikräften begleitet, die ein dichtes Spalier um die Demonstration bildeten. Einmal die Veranstaltung betreten, durfte diese ähnlich wie am Vorabend nicht ohne weiteres wieder verlassen werden. Dementsprechend glich sie auch eher einem Wanderkessel. Aber nicht

nur die Antifa geriet ins Visier der Polizei: auch die Demonstrationen des „Geh Denken“-Bündnisses hatten mit dem behördlichen Vorgehen zu kämpfen. Ein Wechseln zwischen den einzelnen Veranstaltungen war schwierig bis unmöglich, die Bewegungsfreiheit im Innenstadtbereich wurde massiv eingeschränkt. Auf den angemeldeten Routen nervte die Polizei, die mit teilweise martialischem Aufgebot die Geh Denken-Demonstrationen begleitete. Menschen, die die Abschlusskundgebung auf dem Theaterplatz besuchen wollten, wurden bereits an den Elbebrücken der Zugang verweigert, jede Ansammlung nach Ende der Demos wurde rigide aufgelöst.

Der Kurs der Polizei an beiden Tagen war klar: Proteste gegen die Nazidemonstrationen wurden als Störfaktor betrachtet und unter polizeiliche Kontrolle gestellt. Für die Nazis gab es eine weiträumig protestfrei-gemachte Aufmarschzone in attraktiver Innenstadtlage mit marginaler Polizeipräsenz. Ihnen wurde erneut der sprichwörtliche rote Teppich ausgerollt.

Ordnungsmacht Nazis

In den Vorbereitungen der Gegenaktivitäten, wurde sowohl der qualitativen als auch der quantitativen Dimension des JLO-Aufmarsches zu wenig Beachtung geschenkt. Es ist der letzte verbliebene, thematisch die gesamte Szene ansprechende Großaufmarsch, ohne dessen Durchführung sich die Nazis nicht einfach wieder nach Hause schicken lassen. Dafür ist er zu bedeutsam. Auch seine Größe zeigt einen wesentlichen Unterschied zum viel zitierten Vorbild Köln: die Zahl der Teilnehmenden in Dresden übersteigt die von Köln leicht um das 20fache. Diese Masse ist ein ernstzunehmender Faktor bei der Planung von Gegenaktivitäten, insbesondere unter Beachtung der Laissez-Faire-Taktik der Polizei gegenüber den Nazis. Die einfache Rechnung dahinter scheint zu sein: solange die Nazis ungehindert laufen, bleiben sie ruhig. Erklärbar wäre so eine Herangehensweise sowohl mit bewußtem Desinteresse gegenüber dem Gefahrenpotential der Nazis, aber auch damit, dass die Polizei sich selbst nicht mehr in der Lage sieht die Massenansammlung der Nazis zur Einhaltung der Auflagen zu zwingen – in der Praxis scheint beides eine Rolle zu spielen. Die Konsequenzen der in Dresden zu beobachtenden Taktik sind allerdings enorm. Die sich selbst überlassene Nazis treten in ihrem Aufmarschgebiet als temporäre Ordnungsmacht auf und bestimmen was auf ihrer Demonstration und im Umfeld passiert. Auflagenbescheide, von der Stadt immer als Alibi hochgehalten, werden außer Kraft gesetzt, wo niemand deren Einhaltung kontrolliert, rassistische Angriffe und rigides Vorgehen gegen Journalisten finden keine Beachtung durch die Ordnungsbehörden. Die Polizei unterdessen beschäftigt sich mit den antifaschistischen und bürgerlichen Protesten. Alles was dazu führen könnte, dass sich die Nazis bei ihrer Demonstrati-

on gestört fühlen könnten, wird mit großem Aufwand und einer Reihe von schikanierenden Maßnahmen unterbunden. Gefahrenabwehr setzt in Dresden bei den GegendemonstrantInnen an: ihr Verhalten könnte für Unruhe am Naziaufmarsch sorgen, deswegen wird deren Agieren gegen Nazis zum Hauptziel polizeilichen Handelns. Gemäß dieser Logik war es in diesem Jahr selbst für Einzelpersonen nahezu unmöglich, ihren Protest am Rande des Aufmarschs kundzutun.

Kein politischer Wille, keine Blockade

Selbstverständlich wäre es nicht unmöglich, die Nazis in ein dichtes Polizeispalier zu stellen und den Aufmarschort Dresden weniger attraktiv zu gestalten, indem beispielsweise vernehmbare Proteste zugelassen werden. Dafür fehlt in Dresden aber der politische Wille. Es ist in Dresden Tradition Gegenveranstaltungen per Auflage möglichst weit von den Naziaufmärschen weg zu legen. Dies betrifft nicht nur die Antifa, sondern immer auch die bürgerlichen Proteste. „Das Dresdner Ordnungsamt erschwert es den Bürgerinnen und Bürgern, ihrem Protest gegen Rechts Ausdruck zu verleihen, indem es Kundgebungen in der Nähe der Marschroute nicht genehmigt: „Die Strategie von Polizei und Versammlungsbehörde erschwert einen koordinierten Protest demokratischer Gruppen. Statt dem Protest gegen Rechts in seinen vielfältigen Formen einen Rahmen zu geben, sollen die Veranstalter an den Rand gedrängt werden.“ - so die Grünen 2005 anlässlich einer Nazi-Demo in der Dresdner Neustadt. Unterbleibt von zivilgesellschaftlicher Seite eine ausdrückliche Distanzierung von „gewaltbereiten Linksextremisten“ wird kein Unterschied mehr gemacht. Im Verbotsbescheid zur von DGB, Grünen und SPD angemeldeten Demonstration anlässlich der Nazidemo gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ im Januar 1998 wurde das Interesse der Veranstaltung einzig in Gewalt gesehen. „Die Erkenntnisse und Tatsachen belegen, daß die beabsichtigte Versammlung nicht eine Ausübung der nach Art. 8 GG geschützten Versammlung zum Gegenstand hat, sondern eine gewaltbereite Aktion gegen bedeutende Rechtsgüter wie Leib und Leben beabsichtigt ist. (sic!) Darüber hinaus (sic!sic!) wird die Unterbindung der seinerseits grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit des politischen Gegners (NPD) gerade auch mit Mitteln der Gewalt verfolgt“(3). Das generelle Verbot wurde vom Gericht aufgehoben, die Demonstration musste weit vom Naziaufmarsch entfernt stattfinden.

Neben den Behörden sind es vor allem die städtische und sächsische CDU, denen zivilgesellschaftlich und antifaschistisch organisierte Proteste gegen Nazis zu wider sind. Deutlich wird das bereits bei der Gedenkveranstaltung auf dem Heidefriedhof. Nur die Androhung des erneuten Fernbleibens der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, de-

ren Forderungen in diesem Jahr auch durch die im „Geh Denken-Bündnis“ vertretenen Parteien unterstützt wurden, konnte Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) zu einer Änderung des Protokolls drängen. Erst der absehbare wiederholte Skandal bewog die Stadtspitze zu einer Reaktion auf die bisher unkommentierte Teilnahme zahlreicher Nazis: in einer Rede kritisierte Orosz den vermeintlichen Missbrauch des Gedenkens durch die zahlreich erschienenen Nazis. Während Helma Orosz – allerdings nur unter Druck – Ansätze machte ihre Position zu ändern, fielen einige der CDU-Dresden mit einem Rundumschlag gegen jegliche Gegenproteste auf, sofern sie den Rahmen eines stillen 13.-Februar-Gedenkens verließen. Deshalb ist es auch eine politische Fehleinschätzung, wenn das antifaschistische Bündnis *no pasarán* schreibt: „Seit Jahren verwehren sich die Bürger, und besonders lauthals das konservative Spektrum, gegen den so genannten Missbrauch des Gedenkens durch politische Extremisten für ihre Zwecke. Doch was die CDU plant passt nicht recht zu dieser Abwehr: Die gerade erst im Amt eingeführte neue Oberbürgermeisterin Helma Orosz sieht die Mehrheitsverhältnisse am 14.2. gefährdet und verlängert kurzerhand das Gedenken, welches am 13.2. bereits stattfindet auf den 14., um neben der Konkurrenz von ‚Geh Denken‘ und ‚No pasarán‘ bestehen zu können, indem sie auch eine gewisse Menge an Menschen auf die Beine bringt.“(4) Es passt genau zu dieser Abwehr. Es ist kein Kräfteressen mit der Antifa, die für die CDU allein ein Fall für Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft darstellt. Neben der Frage um das „wahrhaftigste“ Gedenken geht es hierbei auch um eine grundlegende Definition wie Proteste gegen unliebsame Naziaufmärsche auszusehen haben. Für die hiesige CDU ist das keine Sache, die BürgerInnen wie bei „Geh Denken“ selbst in die Hand nehmen sollen, da solches Handeln das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen würde. Gemäß einer sächsischen Regierungserklärung aus dem Jahr 2001, in der es heißt „die Entscheidung inwieweit (...) eine Demonstration verhindert werden könne und dürfe, liege (...) nicht in der Hand des Bürgers oder einzelner Organisationen“ (5), machte z.B. Lars



Absperrung der Polizei am Pirnaischen Platz

Röher, ein Spitzenkandidat bei der anstehenden Kommunalwahl deutlich, was das eigentliche Problem am 13. und 14. Februar ist: die Proteste gegen die Nazis und nicht die Naziaufmärsche. „Die aktuell geplante Großkundgebung der Initiative „Geh-Denken“ wird mit ihrem Dogmatismus mehr Schaden als Nutzen anrichten. Es muss endlich damit Schluss sein, die kollektive Erzählung des 13. Februar politisch zu verwalten und die Chiffre Dresden wieder als Propagandawaffe zu benutzen. Die Dresdner Union will sich an dieser neuartigen Mythenbildung und Geschichtsklitterung nicht beteiligen.“(6) Stattdessen wird die Regulation mit gesetzlichen Verboten und Einschränkungen bevorzugt, wie der Entwurf für ein neues sächsisches Versammlungsgesetz zeigt. Auf diesen wurde um den 13. Februar herum immer wieder verwiesen, wäre Dresden damit sowohl Polizeieinsatz als auch Demonstrationen erspart geblieben. (7) Da aber die gesetzliche Regelung ausblieb, galt es das durchzusetzen, was legal ist. Ein Blick in den Gesetzentwurf (8) zeigt schnell, dass diese Behauptung haltlos ist, schließlich wären die Routen der Nazidemonstrationen vom 13. und 14. Februar 2009 nicht von der gesetzlichen Regelung betroffen gewesen. Welche Demonstrationen also untersagt werden sollten, bleibt offen. Das von Verboten durchaus auch die antifaschistischen Demonstrationen bedroht sein können, macht Justizminister Geert Mackenroth deutlich: „wir schützen über die Orte die Würde der Opfer. Wenn sie verhöhnt wird – etwa durch „Heult weiter, Dresdner“ oder „Do it again, Bomber Harris“ – greift das Gesetz.“ (9) oder mit den Worten des CDU-Kreisvorsitzenden Lars Rohwer in Richtung „Geh Denken“: „Wir Dresdner brauchen an diesem Tag keine zu Rockmusik tanzenden Linken auf dem Opernplatz! Das ist eine Verhöhnung der Opfer!“ (10) Der Weg mittels gesetzlicher Maßnahmen auf Nazidemonstrationen zu reagieren, korrespondiert in Dresden mit einer in großen Teilen desinteressierten bzw. ignoranten Bürgerschaft. „Geh Denken“ wurde nur durch die überregionale Mobilisierung vor einem peinlichen Debakel gerettet, denn ohne die zahlreichen auswärtigen Businessleute wären wohl nur die üblichen 3-4000 DresdnerInnen auf die Beine gekommen. Die CDU fühlt sich durch das Desinteresse in ihrer Position bestärkt und versucht sich als Vertreterin der schweigenden Mehrheit zu inszenieren.

„Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen...“ (B. Brecht)

Angesichts dieser Situation scheint der Blick auf die nächsten Jahre nicht gerade ermutigend. Die Frage, was die Antifa aus diesen Ereignissen lernt, ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Fakt ist, dass sich die Dresdner Situation am 13. und 14. Februar stark von den bekannten Szenarien in anderen Städten zu anderen Terminen unterscheidet. Die Dimension des Naziaufmarschs, eine rigide

gegen die antifaschistischen Proteste gerichtete Polizeitaktik, die konservative Stadtverwaltung und Landesregierung, eine mehrheitlich desinteressierte Bürgerschaft, sowie ein allgegenwärtiges Gedenken, das nicht selten die überwiegend nationalsozialistische Bevölkerung Dresdens pauschal zu Opfern des 2. Weltkriegs verklärt, markieren die Eckpunkte für eine antifaschistische Intervention. Dennoch versucht die Antifa bisher mit ihren herkömmlichen Rezepten auf die Ereignisse wie auf einen x-beliebigen Naziaufmarsch zu reagieren. Diese verlieren im Angesicht dessen schnell ihre Wirkung. Absolut unklar bleibt beispielsweise, was denn passiert, wenn wenige hundert Antifas die Polizei umgehen können und auf tausende weitgehend unbewachte Nazis treffen sollten. Ein Szenario das bei Blockadeaufrufen berücksichtigt werden muss, soll es nicht zur völlig individualisierten Militanz kommen, die sich, wie in diesem Jahr hinter dem Kulturpalast größtenteils geschehen, das erstbeste Ziel sucht - koste es, z.B. Verletzte oder Festnahmen, was es wolle.(11) Nach dem diesjährigen 13. und 14. Februar wird deutlich, dass die Verhinderung der Naziaufmärsche keine Frage von zwei oder drei Demonstrationen, von mehr Entschlossenheit oder besserer Taktik ist. Das einzugestehen wäre ein Anfang, um über neue Ansätze zur Lösung des Falls „Dresden“ nachzudenken.

- (1) Allgemeinverfügung der Stadt Dresden vom 05.02.2002.
- (2) Antwort der Stadt Dresden vom 07.01.2004 auf Anfrage Nr. 1617/2003 der damals noch PDS-Fraktion, auf die Frage wann und wo Veranstaltungen zum 13./14. Februar angemeldet sind.
- (3) Verbotsbescheid der Stadt Dresden vom 15.01.1998.
- (4) no pasarán, 13./14. Februar: CDU setzt auf Krawall, 08.01.2009, <http://dresden1302.noblogs.org/post/2009/01/08/13.-14.-februar-cdu-setzt-auf-krawall> (eingesehen am 05.03.2009)
- (5) <http://www.cdu-sachsen-fraktion.de/presse.asp?iid=262&mid=0&uid=0&scid=255&suche=1&txt=demonstration> (eingesehen am: 09.03.2009)
- (6) Die Dresdner Union, Februar 2009, Seite 11.
- (7) Volker Bandmann: „Sachsens größtes Polizeiaufgebot im Vergleich zu den vergangenen Jahren wäre vermeidbar gewesen, wenn die SPD das Versammlungsgesetz nicht blockieren würde“, so der Innenexperte. Mit einem verabschiedeten Gesetz hätten Demonstrationen im Innenstadtbereich im Umfeld des 13. Februars untersagt werden können. <http://www.cdu-sachsen-fraktion.de/presse.asp?dtl=T&lid=2266&iid=360&mid=6&uid=25&jahr=2009&change=T> (eingesehen am 09.03.2009)
- (8) GesEntw SReg 26.02.2008 Drs 4/11380 des Sächsischen Landtags.
- (9) 101. Plenarsitzung des Sächsischen Landtages am 05.03.2008 - Plenarprotokoll 4/101 - Gesetzentwurf der Staatsregierung (TOP 12): „Sächsisches Gesetz über Versammlungen und Demonstrationen (Versammlungsgesetz - SächsversG)“ - 1. Lesung des Entwurfs - Rede des Staatsministers der Justiz Geert Mackenroth. S. 8348f.
- (10) PM der CDU Dresden <http://www.cdu-dresden.de/de/presse/pressemeldungen/?iso=fa345> (eingesehen am 05.03.2009)
- (11) wir verweisen hier ausdrücklich auf den Beitrag „Militanz ohne Mythen“ der Leipziger Antifa (LEA) in der Phase2 Nr.30, Dezember 2008.



NPD Landesparteitag in Wildberg/Klipphausen



Baustelle NPD Sachsen

Wenn einer über email und Handy verfügt und dieser eine dazu noch Rene Despang heißt, dann ist das schon ein Bürgerbüro, ein virtuelles um genauer zu sein. Sein tatsächliches auf der Osterbergstraße in Dresden Pieschen hat er Ende 2008 geschlossen. Nach „Differenzen mit dem Hauseigentümer“ und nicht wegen den „Aktivitäten des pseudodemokratischen Frühstücksvereines „Pieschen gegen rechts“ - wurde es aufgegeben, teilte er in einem Brief (1) mit. Diese ausdrückliche Betonung, dürfte auf genau das Gegenteil hinweisen. "(D)er öffentliche Druck und die Aktivitäten der Eigentümergeinschaft des Hauses Osterbergstraße 14" sind ein Erfolg „des Zusammenwirkens verschiedener zivilgesellschaftlicher Kräfte, unter anderem auch der Bürgerinitiative „Pieschen gegen Rechts“ wie diese in ihrer Pressemitteilung (2) feststellt. Wir beglückwünschen die Bürgerinitiative ausdrücklich zu diesem Erfolg!

Despang wird auch kein neues Büro eröffnen. Dies beschloss der NPD-Landesparteitag, der am 08. März 2009 in Wildberg/Klipphausen in der Nähe von Dresden stattfand. Die NPD müsste schon ihr selbsterklärtes Ziel von 10 plus X bei der anstehenden Landtagswahl erreichen, damit er wieder zum Abgeordneten wird. Sein bisheriges Mandat war ohnehin nur dem viel zu schnellen Ausscheiden von Uwe Leichsenring geschuldet, ein Unfall sozusagen. Wie auf einer nazistischen website kommentiert wurde, sollte bei einer Kandidatur „doch wohl auch etwas Sachkompetenz, Rhetorik u.ä. eine Rolle“ spielen und so musste Rene Despang einigen Par-



Rene Despang

tei-Kadern, die in staatliche Bezahlung gebracht werden sollen, den Vortritt lassen. Die zweite parteiliche Flurbegradigung betrifft den Zwickauer Abgeordneten Peter Klose. Nachgerückt für den in Kürze wegen des Besitzes von Kinderpornografie vor dem AG Meißen stehenden Matthias Paul, findet sich der Reichsmeldstellen-Leiter einer dieser vielen selbsternannten Reichsregierungen nicht mehr auf der Kandidatenliste. Auch sein KV Zwickau zeigt zunehmende Auflösungserscheinungen. Aber das ist eine andere Baustelle. Wie wenig die NPD-Mitglieder ihren potentiellen Abgeordneten über den Weg trauen, zeigt der Beschluss des Parteitages, dass jede Informationsabgabe an Geheimdienste eine Strafe von 15 000 € zur Folge hat. Anscheinend von den bisherigen Austritten aus der NPD-Fraktion lernend, mussten sich alle Kandidaten zusätzlich verpflichten, dann ihr Mandat zurückzugeben, damit andere NPDler nachrücken können. Der Beschluss ist zwar juristisch nicht durchsetzbar, zeigt aber, was die selbsternannten Kämpfer für Demokratie von der Unabhängigkeit eines gewählten Mandates halten.

(1) Brief vom 20. Februar 2009

(2) <http://www.pieschen-gegen-rechts.de/PM%2011.03.09.pdf>

Nazi-Kundgebungen am 30. Januar

Zum Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatten Neonazis aus dem Umfeld des Freien Netzes in Leipzig, Borna, Altenburg und Jena Kundgebungen angemeldet. Unter dem Motto: „Zwölf Minuten Freiheit gegen 64 Jahre Zensur und Unfreiheit“ wollten die Nazis im Zeitraum von 19.33 bis 19.45 Uhr die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland verherrlichen. Dies war auch der Grund für das Verbot der angemeldeten Kundgebungen durch die Versammlungsbehörden. In Eilenburg (Nordsachsen) demonstrierten hingegen 40-50 Nazis mit Transparenten und Fackeln spontan auf dem Marktplatz bis die Polizei eintraf.

Mindestens 376 organisierte Neonazi-Aktionen in Sachsen im Jahr 2008

Gemeinsame Mitteilung des a.l.i.a.s. dresden und art dresden.

2008 fanden in Sachsen mindestens 376 Veranstaltungen und Aktionen statt, die von organisierten Neonazis vorrangig aus dem Spektrum der so genannten „Freien Kräfte“ verantwortet werden. Die Vielzahl der Aktivitäten über Konzerte, Demonstrationen und Kundgebungen, Vortragsveranstaltungen bis hin zu organisierten Propagandaaktionen aber auch Straßentheater, Stören von Veranstaltungen politischer Gegner u.a.m. verdeutlichen nicht nur die gewachsene Flexibilität der Szene, sondern auch ihre Aktionsfähigkeit sowie ihr logistisches Knowhow. Denn der weitaus größte Teil der Aktivitäten wird in der Regel nicht öffentlich organisiert und nur scene-intern mobilisiert.

Das a.l.i.a.s. dresden und das art dresden werteten für die hier vorliegende Aufstellung ausschließlich öffentlich zugängliche Quellen aus. Des Weiteren wurde eine Vielzahl ebenfalls bekannt gewordener Veranstaltungen und Aktivitäten nicht berücksichtigt. So finden beinahe flächendeckend in Sachsen in der Regel ein- bis zweiwöchentlich Treffen der Kreis- und Ortsverbände der NPD statt, die keine Beachtung fanden. Genauso wenig wie im Zusammenhang mit dem Wahlkampf stattgefunden Infotische, Info-Veranstaltungen und Propaganda-Aktionen. Auch die zahlreich stattgefundenen gewalttätigen Übergriffe, Brandanschläge und spontan verübten Propagandaaktionen wurden nicht mitgezählt.

2008 fanden in Sachsen mind. 59 neonazistische Demonstrationen/Spontandemonstrationen und Kundgebungen statt. An mind. 39 weiteren Demonstrationen und Kundgebungen beteiligten sich Neonazis in organisierter Form. Inhaltlicher Schwerpunkt war hier die Thematisierung des Mordes an der Achtjährigen Michelle aus Leipzig. Unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ wurden eine Reihe öffentlicher Aufzüge veranstaltet. Zudem beteiligten sich fast wöchentlich Neonazis aus dem Spektrum des Freien Netz Zwickau

an den so genannten Montagsdemonstrationen in Zwickau.

Im Bereich der Musikszene wurden mind. 48 durchgeführte neonazistische Konzerte bekannt (2007:51). Größtenteils traten dabei neonazistische Bands aus Sachsen auf, aber auch aus dem europäischen Ausland. In der Regel beträgt die Teilnehmerzahl an solchen Konzerten etwa 150 bis 200 Personen. Der scheinbare Rückgang beruht auf der fortgesetzten Tendenz der Szene, Konzerte konspirativ durchzuführen. Es kann aber erfahrungsgemäß von einer höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Gleichzeitig setzte sich der Trend aus den Vorjahren fort, neonazistische Konzerte zunehmend in privat angemieteten Räumlichkeiten stattfinden zu lassen, was ein Eingreifen der Sicherheitsbehörden juristisch erschwert.

Ein weiterer Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten lag 2008 in Sachsen deutlich im subkulturellen und vorkulturellen Raum. Es wurden insgesamt 230 derartige Aktivitäten bekannt. Darunter waren 38 Vortragsveranstaltungen, die oftmals mit Referaten ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS und Wehrmacht stattfanden. Diese „Zeitzeugen der Erlebnisgeneration“ dienen als Vorbilder für die Szene. Mindestens 20 mal störten organisierte Neonazis Veranstaltungen politischer Gegner. 36 mal wurden anlassbezogene Propaganda-Aktionen und 46 mal anlassbezogene Sprühaktionen bekannt. Diese fanden vorrangig im Zusammenhang mit für die Szene wichtigen Daten statt. (Todesstunde von Rudolf Hess und Horst Wessel, 13. Februar) 90 weitere Aktivitäten wurden von Neonazis durchgeführt, darunter Gedenkveranstaltungen (Volkstrauertag, 17. Juni 1953), Fußballturniere, Sonnwendfeiern, Fahrtenlager, u.a.m..

Carl Clausen vom a.l.i.a.s. dresden stellt hierzu fest: „Mit mindestens 376 Veranstaltungen und Aktionen, die 2008 von Neonazis in Sachsen oftmals konspirativ durchgeführt wurden, zeigt die Szene ihre Handlungsfähigkeit und Agilität. Obgleich keine direkten Vergleichsdaten zum Vorjahr vorhanden sind, kann doch von einem Zuwachs ausgegangen werden. Das Aktionsniveau sächsischer Neonazis hat sich 2008 deutlich erhöht.“

GAMMA - Antifa-Newsflyer für Leipzig und Umland
<http://gamma.antifa.net>

[A]ntifaschistische [R]echerche [G]ruppe RossweinDöbelnLeisnig
<http://aardl.blogspot.de>

[A]ntifaschistisches [R]echerche [T]eam Nordbayern
<http://www.art-nb.de/>

LOOK @ ...